

Die geplante Bierpreis-Erhöhung

stößt in den Kreisen der Wirte auf vielfachen Widerstand. Der Verein der vereinigten Gast- und Schankwirte beschäftigte sich in einer größeren Versammlung mit dieser Angelegenheit. Der Vorsitzende, Herr Carl Meibohm, gab einen sehr eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit dem Brauerei-Verband. Die 70er Kommission habe zunächst einen Beschluß gefaßt, der darauf hinauslief, daß man mit der Brauerei einen Vertrag abgeschlossen habe, wonach diese bis zur Beendigung des Krieges das Bier zu 21 M. liefern müßte. Die Brauereien hätten sich auf den Standpunkt gestellt, daß man vom 25. April ab den Bierpreis um 5 M. erhöhen müsse. Damit die Wirte wieder auf ihre Kosten kämen, solle der Verkaufspreis von 40 auf 50 Pfg. das Liter erhöht werden. An diese Mitteilungen knüpfte sich eine lange Aussprache, in der die meisten Redner sich auf den Boden des Vertrages stellten und die Bewilligung eines höheren Bierpreises rund ablehnten. Herr Meibohm wies u. a. darauf hin, daß eine Erhöhung des Bierpreises auch einen Konsumrückgang zur Folge haben werde. Unter den gegenwertigen Verhältnissen könne er den Kollegen aber nichts Besseres empfehlen, als den Vertrag mit den Brauereien abzuschließen und ihnen die Preis-erhöhung von 5 M. zu bewilligen, dann habe man von zwei Uebeln das kleinste gewählt. Nach längerer Besprechung wurde ein Antrag Edelmann angenommen, in dem ausgeführt wird, daß man eine Erhöhung des Bierpreises ablehne und sich auf den Boden des Vertrages stelle. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, dies den Brauereien und der 70er Kommission mitzuteilen. Der Vorsitzende wies zum Schluß darauf hin, daß die öffentliche Wirteversammlung am 22. April stattfinden werde und daß vom 20. April ab die vereinbarten Verkaufspreise für Spirituosen eingeführt werden sollten.

In einer Mitgliederversammlung des Verbandes freier Gast- und Schankwirte Deutschlands wurde nach lebhafter Aussprache folgende Entschliehung angenommen: Die gemeinschaftliche Mitglieder- versammlung der Zahlstellen Hamburg, Altona, Bergedorf, Harburg und Geesthacht des Verbandes freier Gast- und Schankwirte Deutschlands weist jede Mehrforderung der Brauereien für Bier auf Grund des bestehenden Vertrags mit Entrüstung zurück und erwartet, daß die Brauereien sich an den mit ihnen abgeschlossenen Vertrag halten. Die Versammelten sind bereit, jeder Mehrforderung der Brauereien als Vertragsbruch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Eine allgemeine Wirte-Versammlung soll einberufen werden, die in dieser Frage das letzte Wort sprechen soll.